



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Holger Griebhammer, Markus Rinderspacher, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Arif Taşdelen, Ruth Müller, Florian von Brunn, Sabine Gross, Horst Arnold, Nicole Bäuml, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Harry Scheuenstuhl, Dr. Simone Strohmayr, Ruth Waldmann, Katja Weitzel** und Fraktion (SPD)

Lehre aus der Münchner Sicherheitskonferenz: transatlantische Zusammenarbeit statt amerikanischer Alleingänge

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest:

Die transatlantische Partnerschaft bildet seit Jahrzehnten das Rückgrat für Freiheit, Stabilität und wirtschaftlichen Prosperität in Bayern, Deutschland und Europa. In dem festen Vertrauen, das Europa und Amerika verbindet, liegt die Grundlage für gemeinsame Werte und eine sichere Zukunft. Wechselseitige Verlässlichkeit muss die Basis sein, um den Herausforderungen einer sich wandelnden Weltordnung mit vereinten Kräften zu begegnen.

Die jüngsten Angriffe der Trump-Administration auf die demokratische europäische Integrität und die einseitigen, unkoordinierten Handlungen des amerikanischen Präsidenten in der Ukraine-Politik zeigen in deutlicher Weise auf, dass außenpolitische Entscheidungen ohne Rücksprache und Solidarität mit den europäischen Partnern getroffen werden sollen. Diese Alleingänge untergraben das gemeinsame Sicherheitsverständnis und schwächen die transatlantische Zusammenarbeit. Der Landtag kritisiert diesen Vorgehensstil in aller Deutlichkeit und ruft zu einem verantwortungsvollen, koordinierten Handeln auf.

In Kontrast zu den Bestrebungen, die durch ein zunehmend unilateral agierendes Washington propagiert werden, bekennt sich der Landtag zum Multilateralismus. Nur durch eine enge, partnerschaftliche und auf gemeinsamen Werten basierende Zusammenarbeit können globale Herausforderungen bewältigt und eine gerechte Weltordnung angestrebt werden.

Die Ukraine steht als Symbol für den unerschütterlichen Kampf um Freiheit, Selbstbestimmung und die Wahrung der internationalen Rechtsordnung. Der Landtag bekennt sich zur fortwährenden Unterstützung der Ukraine – politisch, militärisch, wirtschaftlich und humanitär –, um so einen Beitrag zur Stabilität und Sicherheit in Europa zu leisten. Es ist unerlässlich, dass bei Gesprächen zwischen Moskau und Washington zur Zukunft der Ukraine die betroffene Nation und ihre europäischen Nachbarn mit am Verhandlungstisch sitzen, denn nur so kann ein dauerhafter, gerechter Frieden erzielt werden.

Der Landtag bekräftigt, dass die NATO das Bollwerk der transatlantischen Sicherheitsarchitektur bildet. Europa muss in dieser Allianz künftig eine stärkere, eigenständige Stimme einnehmen. Nur durch eine verstärkte Mitgestaltung der Europäer im Verteidigungsbündnis kann sichergestellt werden, dass die Interessen des Kontinents in einer multipolaren Welt gewahrt und künftige Bedrohungen entschieden abgewehrt werden.

Freihandel ist der Motor für wirtschaftlichen Fortschritt und Innovation. Im Gegensatz zu den protektionistischen Tendenzen, die in der Politik der Trump-Administration sichtbar werden, setzt der Landtag auf offene Märkte und faire Wettbewerbsbedingungen

und fordert auch die Staatsregierung dazu auf, sich auf allen Ebenen dafür einzusetzen. Nur so kann der Wohlstand gesichert, der technologische Fortschritt vorangetrieben und den Herausforderungen des globalen Wettbewerbs mit nachhaltiger Stärke begegnet werden.

Begründung:

Die sogenannte „America First“-Strategie der neuen Trump-Administration im konsequenten politiktechnologischen Drehbuch des Rechtspopulismus droht sich zunehmend in der systematischen Priorisierung nationaler Interessen über kollektive transatlantische Bündnisverpflichtungen zu äußern. Ankündigungen, internationale Abkommen neu verhandeln oder gar aufzukündigen – wie im Fall des Pariser Klimaabkommens und der WHO-Mitgliedschaft der USA – senden Signale, dass multilaterale Kooperationen zugunsten kurzfristiger US-interner Ziele geopolitisch untergeordnet werden. Dies untergräbt nicht nur das internationale Vertrauensverhältnis, sondern schwächt auch das gemeinsame Bekenntnis zu einer regelbasierten Weltordnung. Die Europäische Union (EU) sieht sich dadurch gezwungen, ihre strategische Eigenständigkeit zu erhöhen.

Die erkennbare protektionistische Handelspolitik Washingtons, die mit Strafzöllen und Handelshemmnissen einhergeht, trifft auch exportorientierte europäische Industrien. Durch die Einführung von Zöllen auf Schlüsselprodukte würde nicht nur der transatlantische Handel belastet, sondern auch das wirtschaftliche Wachstum und die Stabilität beider Seiten gefährdet – ein Umstand, der den globalen Wohlstand schmälert.